

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff
Tageblatt Rieser
Ferien Nr. 20
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochsheim, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Rieser 1580.
Groschloß:
Rieser Nr. 52

Nr. 212.

Donnerstag, 11. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustulgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Arbeitsbeschaffung.

Der neue Ausweis der Arbeitslosen sagt uns, daß die Zahl weiter im Steigen ist und nur noch etwa 100 000 Arbeitslose bis zur Erreichung der dritten Million fehlen. Im August sind gerade 100 000 Arbeitslose ausgetreten. Nimmt man diesen Monatsdurchschnitt, so haben wir in den ersten Oktobertagen die so oft angezeigten drei Millionen Arbeitslose. Und da, trotz aller Arbeitsbeschaffung, der Winter zu weiteren Entlassungen führen muß, werden wir uns glücklicherweise freuen, wenn wir in diesem Winter bei der exorbitanten Zahl von vier Millionen Arbeitslosen stehen bleiben.

Begreiflicherweise wird jeder — wenn er von der weiteren Zunahme der Arbeitslosen hört — fragen, ob sich denn das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht auswirkt. Wie es sich auswirkt, zeigt sich am besten darin, daß in der ersten Augusthälfte die Arbeitslosigkeit um 80 000 stieg, während sie in der zweiten Augusthälfte mit etwa 30 000 bescheiden war. Die Ausgabe von Arbeiten hat also die Arbeitslosigkeit nicht abgedämmt, nicht dahin geführt, daß die Zahl der Entlassungen die Zahl der Entlassungen übersteigt, sondern daß immer noch beträchtlich mehr Entlassungen, wenn auch nicht in dem alten Maße übertragene. Es festhält sich also nicht, daß die Arbeitsaufträge der Post und Bahn für 120 000, 200 000 oder gar 300 000 Arbeiter Lohn und Brot boten. Man warf mit den Zahlen in den üblichen Optimismus nur so um sich, jetzt stellt sich aber heraus, daß die Arbeitsbeschaffungsaufträge, die der Post und der Bahn abzugeben wurden, eigentlich nichts anderes waren als die Erhöhung der eingeschränkten Aufträge auf den für das laufende Jahr festgesetzten Betrag. Soweit sich die Feststellung bei den Firmen, die die Aufträge erhielten, ergab, reichten die Aufträge gerade aus, die Betriebe weiter zu beschäftigen. Sie haben ganz minimale Neueinstellungen vornehmen müssen, während andere Firmen der gleichen Branche, die ohne Aufträge blieben weiter umfangreiche Entlassungen vornehmen mußten.

Schlimmer noch als der Mißerfolg mit diesen Antragsaufträgen steht es mit den Vorarbeiten für die Ausgabe von Notstandsarbeiten, bei dem Bau von Straßen und Wohnungen. Wie offiziell mitgeteilt wird, sind jetzt den Ländern Preußen, Bayern und Sachsen gerade 16 Millionen für Wohnungsbau zugeführt worden, ein Betrag also, der von solcher Geringfügigkeit ist, daß er auf dem Arbeitsmarkt sich nach keiner Richtung auswirken kann. Abgesehen davon, ist die Bauperiode bereits so ziemlich zu Ende und neue Dispositionen sind erst für das nächste Frühjahr möglich. Straßenbauten sind noch gar nicht in Angriff genommen. Während im Juli bei Notstandsarbeiten, also nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm 35 000 Mann Arbeit erhielten, waren im Vorjahre um die gleiche Zeit bei bedeutend weniger Arbeitslosen nicht weniger als 100 000 Arbeiter bei Notstandsarbeiten untergebracht.

Diese Feststellungen könnten einseitig und parteipolitisch wirken. Doch ist es richtiger, man macht sich rechtzeitig darüber klar, daß die Regierung mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm bisher verfehlt hat. Freilich wird man nicht für die Schuld an diesem Verfehlen zuschreiben wollen. Sie hat den besten Willen gehabt. Die Verhältnisse waren eben stärker als sie. Sie hat von Seiten der Industrie feinerliche Unterstützung erhalten. Nicht ein Finger rührte sich, um an der Aufbaubarkeit aus freien Stücken teilzunehmen. Alle warteten auf die Maßnahmen der Regierung und vor allem auf die Aufträge der staatlichen Stellen. Die Regierung hat sich fernerhin bemüht, Anleihen aufzubringen, was ihr bisher nicht gelang, sie glaubte aber auch gleichzeitig von einer anderen Seite aus die Wirtschaft ankurbeln und damit die Arbeitslosigkeit abzubauen zu können, durch die gleichzeitige Senkung von Preisen und Löhnen. Sie ist aber in Verhandlungen stehen geblieben, weil eben wiederum die Wirtschaft auf der einen Seite, die Gewerkschaften auf der anderen Widerstand entgegensetzten. Man wird zugeben können, daß jetzt mit einem völligen Versagen des Arbeitsbeschaffungsprogramms gerechnet werden muß, denn der Arbeiterabbau muß jetzt faktisch so schnell vor sich gehen, daß auch künstlich gesteigerte Arbeitsbeschaffung ihn nicht aufhalten kann. Aus diesem Grunde hält man es in maßgebenden Kreisen auch bereits für richtig, das Gesamtprogramm nur in kleinen Teile durchzuführen und die Lösung des schwierigen Problems auf das nächste Frühjahr zu verschieben. Damit ist aber die Notwendigkeit verbunden, die Sanierung der Arbeitslosenversicherung mit großzügigen Mitteln vorzunehmen, denn bei einem Anwachsen der Arbeitslosen auf vier Millionen muß jede halbe Sanierung versagen und muß jeder Etat, wenn er zu Zuschüssen in Anspruch genommen wird, über den Haufen geworfen werden.

Der Bahnstreik im Saargebiet.

Paris. Der Berichterstatter des Journal in Genf berichtet über die gestrige Fühlungsprobe wegen der Ablösung der 250 französischen Soldaten im Saargebiet, der Vorkämpfer der Regierungskommission Wilson habe erklärt, daß es gar nicht schwierig sei, diese Soldaten zurückzulassen. Unter diesen Umständen würde die Annahme der deutschen Forderung am besten, also vor den Reichstagswahlen, angehängt werden. Der Berichterstatter stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob dies genügen werde, um die deutschen Wähler für die Regierung zu gewinnen.

Ein Wahlaufruf führender Wirtschaftler.

Berlin, 11. September.

Etwa 200 Vertreter der Wirtschaft aller Erwerbszweige und verschiedener Parteirichtungen veröffentlichten einen Aufruf zur Reichstagswahl:

Am 14. September wird ein neuer Reichstag gewählt werden. Die Wahl fällt in die Zeit bitterer Wirtschaftnot und Unsicherheit und einer in diesem Ausmaße bisher nicht erlebten Arbeitslosigkeit. Um diese Krise zu überwinden, muß endlich eine illusionsfreie Politik der staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten durchgeführt werden, die der freien Betätigung und der Kraftentfaltung der einzelnen Persönlichkeit möglichst Spielraum gewährt die Befehle der Privatwirtschaft beachtet, um auf volkswirtschaftlicher Grundlage die Voraussetzungen für eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand zu schaffen. Die Wahl vom 14. September muß für eine solche Politik der staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten die parlamentarische Grundlage schaffen. Es handelt sich dabei um das gemeinsame Schicksal aller, der Arbeitnehmer nicht weniger als der Unternehmer, der Ver-

braucher wie der Erzeuger, der gewerblichen Berufe wie der Landwirtschaft, der beamteten und der freien Berufe. Darum rufen wir Männer aus den verschiedenen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft alle auf, sich bei den Wahlen von nichts anderem leiten zu lassen, als von ernstlichem, staatlichem und volkswirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein und ihre Stimmen den Männern und Frauen zu geben, die auf dem Boden der Verfassung gemäß den aufgezeigten Richtlinien in positiver Mitarbeit für die Rettung des Staates, für die Behebung der Volkswirtschaft einzutreten gewillt sind.

Unter den Unterzeichnern des Aufrufs finden sich u. a. folgende Namen: Friedrich Bergius-Heidelberg, Conrad von Borfig-Berlin, Carl Duisburg-Berlin, Hugo Eckener-Friedrichshafen, Abt. Frohwein-Buppertal-Elberfeld, Louis Hagen-Köln, Karl Haniel-Düsseldorf, Philipp Heinen-Bremen, Cornelius Frh. Henl zu Hemsheim-Worms, Heinrich Krumbhaar-Wegeln, Karl Reichler-Hamburg, Franz von Wendelsjohn-Berlin, Joseph Viktor-Rünchen, Paul Silberberg-Köln, Franz Urbig-Berlin und Max R. Warburg-Hamburg.

Der Zeppelin-Besuch in Moskau.

Moskau, 10. September. Zu der Landung „Graf Zeppelin“ auf dem Moskauer Flugplatz, dem Franziskusfeld, liegen noch folgende Meldungen vor:

Das Luftschiff erschien, von zwei Sowjetflugzeugen geleitet, um 10 Uhr ortseuropäischer Zeit über Moskau und kreiste zwei Stunden über der Stadt, von Hunderttausenden von Zuschauern jubelnd begrüßt.

Zur Landung des Luftschiffes auf dem Moskauer Flugplatz war eine Kompanie Fliegertruppen als Haltemannschaft bereitgestellt, die ihre Aufgabe gut erfüllte. Der Flugplatz selbst war mit dichten Menschenmengen überfüllt. Berittene Polizei und Truppen der LSPU hielten die Ordnung aufrecht. Auf dem Ehrenplatz sah man den Vertreter des Außenministeriums unter Führung des früheren Berliner Handelsvertreters Stomonjakow, den Leiter der Luftverkehrskräfte Baranow, Vertreter des Kriegs- und Revolutionsrates, den Oberbefehlshaber des Moskauer Militärbezirks, Korf, ehemaliger Militärattaché in Berlin, ferner die deutsche Botschaft unter Führung des Botschaftsrats v. Twardowski, die deutsche Kolonie und die Vertreter der deutschen sowie der übrigen ausländischen Presse. Die Vertreter der Sowjetregierung begrüßten den Dr. Eckener zu dem erfolgreichen Flug nach Rußland und der glatten Landung in Moskau. Immer wieder jubelte die Menge dem großen deutschen Luftfahrer zu.

In seiner Ansprache, mit der er bei der Ankunft des „Graf Zeppelin“ Dr. Eckener begrüßte, führte der Chef der Luftverkehrskräfte der Sowjetunion, Baranow, u. a. aus: „Ich bin sehr davon überzeugt, daß der Besuch des deutschen Luftschiffes unter Ihrer Führung erneut die Gewähr für den Ausbau und die Festigung nicht nur der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern auch einer engen Verbindung zwischen der sowjetischen und deutschen Luftflotte bietet.“

Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Twardowski, der die Gäste namens der deutschen Botschaft und der deutschen Kolonie begrüßte, erklärte, der Besuch des „Graf Zeppelin“ sei eine Bestätigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Namens der Mannschaft und der Fahrgäste des „Graf Zeppelin“ dankte Dr. Eckener für den herzlichen Empfang und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die Wetterverhältnisse es ihm im vergangenen Jahre nicht erlaubten, Moskau zu besuchen. Allen Fliegerteilnehmern wurden Geschenke überreicht. Dr. Eckener erhielt einen silbernen Pokal. Das Luftschiff nimmt auf seiner Rückfahrt 60 Kilo Postsendungen mit. Zwei Sowjetingenieure machen die Heimfahrt des „Graf Zeppelin“ als Fluggäste mit.

Zum Rückflug gestartet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute um 16.40 Uhr hier zu seinem Rückflug nach Friedrichshafen aufgezogen.

„Graf Zeppelin“ nach Friedrichshafen zurückgeführt.

Friedrichshafen. (Frankfurt.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner Fahrt nach Moskau heute vormittag 11 Uhr 35 wieder nach Friedrichshafen zurückgeführt und glatt gelandet. „Graf Zeppelin“ hat die Strecke des Rückfluges mit 2500 Kilometern in ungefähr 19 Stunden bewältigt. An Bord befanden sich 22 Fahrgäste.

Die Völkerbundsversammlung konstituiert sich.

Dr. Curtius Vizepräsident.

Genf, 11. September.

Die Völkerbundsversammlung hat gestern nachmittag die Wahl des Präsidialbüros vorgenommen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Reichsaussenminister Dr. Curtius, Briand, Henderson, Matsubara-Japan, Quinones de Leon und Costa de Reis-Bolivien. — Auf der vorläufigen Tagesordnung des dritten Ausschusses steht als wichtigster Punkt die Prüfung der Entwürfe des Sicherheitskomitees. Dem vierten Ausschuss fällt u. a. die Behandlung der Reorganisation des Völkerbundssekretariats zu. Dr. Curtius wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche sprechen.

Die Saarabordnung bei Dr. Curtius.

Genf. Die in Genf anwesende Saarabordnung mit dem Kommerzienrat Köchling an der Spitze ist am Mittwoch von dem Außenminister Dr. Curtius empfangen worden. Bei dieser Besprechung handelt es sich zunächst um die Vorbereitung der beginnenden vertraulichen Verhandlungen des Ausschusses, der am Dienstag im Völkerbundsrat zur Vorbereitung der Entscheidung über den internationalen Bahnstreik im Saargebiet gebildet wurde. An den vertraulichen Verhandlungen des Aus-

schusses nehmen Briand, Dr. Curtius, der Generalsekretär des Völkerbundes und voraussichtlich auch der Präsident der Saarregierung teil. Auf deutscher Seite hofft man eine Vertändigung bereits in den allernächsten Tagen herbeiführen zu können.

Die Bahnabstimmung des Saargebietes.

Genf, 11. September.

Gestern nachmittag fand beim Generalsekretär des Völkerbundes eine Besprechung über die Regelung der Frage des Bahnstreikes im Saargebiet statt. Außer Dr. Curtius und Briand nahm der italienische Delegierte Scialoja, der an Stelle des nach Rom gereisten Außenministers Grandi getreten ist, an der Besprechung teil. Es handelt sich darum, auf Grund der Verhandlungen des Rates einen Vorschlag auszuarbeiten, auf Grund dessen der Rat seine Entscheidung über den Bahnstreik in einer der nächsten Sitzungen zu treffen hat. Die Teilnehmer an der Besprechung sind übereingekommen, an die Regierungskommission des Saargebietes, die zur Zeit in Genf weilt, einige Fragen zu richten. Wie verlautet, hat die Regierungskommission gestern vormittag eine Sitzung abgehalten, in der die Frage gleichfalls behandelt wurde. Man glaubt, daß die Angelegenheit noch in dieser Woche beendet wird.